

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen



Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Ergänzungspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Streifenband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Dr. Aring, Berlin-Nickensberg
Redaktion und Expedition: Berlin O. 7, Schilderstraße 4
Druck: Hermanns Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. 26

Infektionskrankheiten
Geschäftsanzeigen kosten für sechsgehaltene Zeilen 10 Pfennig
Schluß für Inserate: Montag früh 5 Uhr

Die Mahllohnfrage im neuen Gutsjahr und die Mühlenarbeiter.

Am 7. und 8. August haben zwischen der Reichsgetreidestelle (R.G.) und den drei Reichsmühlenerverbänden eingehende Verhandlungen über die Geschäftsbedingungen der R.G. im Verkehr mit den Mühlen für das Wirtschaftsjahr 1918/19 stattgefunden, deren vorläufige Ergebnisse wir in Nr. 36 unserer Zeitung zusammengefaßt veröffentlicht haben. In der Frage der erhöhten Lagerverpflichtung und der Mahllohnfrage ist es zu einer Einigung zwischen der R.G. und den Mühlen nicht gekommen; die Unternehmerorganisationen hofften auf weitere Verhandlungen.

Wenn die bewilligten Mahllöhne das Hindernis für eine ausreichende Entlohnung der Mühlenarbeiter sind, dann sind auch diese an der Frage insofern interessiert. Die jetzigen Löhne der Mühlenarbeiter stehen trotz der gewährten Teuerungszulagen nirgends in einem noch erträglichen Verhältnis zu den exorbitant gestiegenen Preisen für alle Lebensbedürfnisse. Die gewährten Teuerungszulagen bieten nirgends einen Ausgleich.

Nun behaupten die Unternehmer in der Mühlenindustrie allgemein, daß sie ausreichende Teuerungszulagen nicht gewähren könnten, weil die von der R.G. und den Kommunalverbänden gezahlten Mahllöhne keinen oder nur geringen Verdienst gewährten. Die Unternehmer machen geltend, daß alle Produktionskosten bedeutend gestiegen seien, daß sie bereits im Frieden Mahllöhne von 10—12 Mk. pro Tonne unbedingt kalkulieren mußten und daß die jetzt gezahlten Mahllöhne zu den gestiegenen Produktionskosten in gar keinem Verhältnis ständen.

Demgegenüber hat bei den Verhandlungen Herr Direktor Köpcke von der R.G. behauptet, daß eine Nachprüfung der Bücher in über 60 Mühlen ergeben habe, daß die der R.G. angeschlossenen Mühlen durchschnittlich bei den bisherigen Bedingungen unter Berücksichtigung größerer Abschreibungen und von Zuschlägen für die Unterkostensteigerung nach Ansicht der R.G. ihr Auskommen gefunden hätten. Zugabe müsse werden, daß in vereinzelten Ausnahmefällen Mühlen verschiedener Größe allerdings nicht auf ihre Kosten hätten kommen können. Daran könne aber die R.G. nichts ändern. Sie müsse sich nach dem großen Durchschnitt richten und könne nicht die ungünstigsten Verhältnisse zugrunde legen.

So steht Behauptung gegen Behauptung, und wir können weder die Angaben der Mühlen, noch das Beweismaterial der R.G. prüfen, um zu ergründen, wer recht hat.

Wir haben angesichts dieser Sachlage heute nicht die Absicht, die Mahllohnfrage aufzurollen, sondern

unser Pflicht besteht darin, daß wir die Interessen der Mühlenarbeiter wahrnehmen.

Wir haben an die Vorstehenden der Mühlenverbände am 24. August geschrieben, daß die Mühlenarbeiter allenthalben in der nächsten Zeit mit Forderungen nach höheren Löhnen oder Teuerungszulagen im Interesse ihrer selbst und ihrer Familien an die Unternehmer herantreten und daß bei weiteren Verhandlungen mit der R.G. die Unternehmer darauf Rücksicht nehmen müßten. Wir haben den Verbänden mitgeteilt, daß es in Zukunft nicht angehe, daß die Mühlenarbeiter bei ihren Forderungen nach angemessenen Löhnen mit der Bemerkung abgewiesen würden, daß die Mahllöhne einen Ausgleich zwischen Löhnen und teuren Preisen nicht ermöglichten.

An die R.G. haben wir uns ebenfalls gewandt und verlangt, daß zu den weiteren Verhandlungen ein Vertreter unseres Verbandes hinzugezogen werde. Die R.G. teilte unserem Verbands hierauf mit, daß die Verhandlungen mit den Mühlenverbänden abgeschlossen seien und daß über die Mahllohnfrage mit ihnen weitere Verhandlungen nicht geführt würden. In den Vergütungen, die die R.G. im neuen Wirtschaftsjahre den Mühlen zu zahlen gedenke, sei eine gewisse Steigerung der Unkosten, insbesondere auch der Arbeitslöhne, berücksichtigt.

So sind wir immer noch im unklaren darüber, wer in dem Streit um die Höhe der Mahllöhne recht hat. Aber klar ist uns das eine, daß unter diesem Streit die Mühlenarbeiter nicht leiden können und dürfen. Wo sie bisher in ihren Lohnforderungen Zurückhaltung geübt haben sollten in Rücksicht auf die Regelung der Mahllöhne, kann ihnen ein längeres Zuwarten nicht mehr zugemutet werden. Die Löhne sind durchaus und bei weitem unzureichend, das kann und wird niemand bezweifeln. Dies abzuändern liegt aber bei den Mühlenarbeitern. Der Verband wird zu ihrer Unterstützung tun, was in seinen Kräften steht. Um dies nachhaltig zu können, dazu gehört, daß die Mühlenarbeiter ausreichend organisiert sind. Je mehr Einigkeit, je geschlossener die Organisation, desto mehr Erfolg.

Zuniel aber hat ein großer Teil der Mühlenarbeiter bisher darin gefündigt. Wenn sich diese Nachlässigkeit gegen die Organisation nicht in vollem Maße an den gesamten Mühlenarbeitern rächen soll, dann ist aber schleunigste Einkehr erforderlich. Versucht es, gut zu machen, die Ihr bisher die Organisation vernachlässigt habt, in Eurem eigenen Interesse, und war schleunigst und vollzählig: **Sine in den Verband!**

Beitragszahlung und Organisationsbetätigung der Reklamierten.

Aus einigen Orten wird uns mitgeteilt, daß reklamierte Kollegen Bedenken tragen, ihre Verbandsbeiträge während ihrer Reklamationszeit zu bezahlen und sich in der Organisation und für die Organisation zu betätigen. Diese Bedenken sind unbegründet. Ein Reklamierter ist an der Betätigung für die Organisation und an der Beitragszahlung nicht behindert, weil er, so lange er reklamiert ist, aus dem Militärdienst ausgeschieden ist. Hierüber sagt ein Erlaß des preussischen Kriegsministeriums an die Stellvertretenden Generalkommandos das folgende:

„Der für die Kriegsindustrie Reklamierter wird grundsätzlich entlassen; damit arbeitet er während seiner Zurückstellung aus dem Dienst in der bewaffneten Macht aus und unterliegt den Bestimmungen für den baltischen Hilfsdienst.“

Werbings sind von den Reklamierten bei Betätigung ihrer Interessen bestimmte Regeln zu beachten. Darüber sagt der Erlaß des Kriegsministeriums das folgende:

„Es ist demnach nicht möglich, aus einem Arbeitswechsel seitens des Reklamierten oder aus einer anderen Streitigkeit über das Arbeitsverhältnis die Veranlassung zur Einziehung zum Waffendienst zu finden.“

Solche Streitigkeiten müssen beim Reklamierten ebenso wie bei jedem anderen Arbeiter auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens beseitigt werden. Der Reklamierter erhält also seinen Arbeitschein, sucht sich schleunigst neue Arbeit in seinem Fach oder wird durch den Schlichtungsausschuß einem Betriebe überwiesen.

Entzieht er sich nach dem Urteil dieses Ausschusses böswillig der Arbeit, für die er zurückgestellt ist, so entfällt selbstverständlich die Ursache für seine Reklamation; er wird wieder zum Dienst in der bewaffneten Macht eingezogen. — Der Arbeitgeber hat darauf keinen Einfluß.

Zu übrigen darf selbstverständlich die Einziehung zum Waffendienst lediglich aus militärischen Gründen erfolgen. Die militärische An- und Abmeldung des Reklamierten beim Arbeitswechsel ist den militärischen Bestimmungen entsprechend notwendig, damit die Kontrolle über den Aufenthalt der Wehrpflichtigen nicht verloren geht....

Also an der Beitragszahlung und der fleißigen Arbeit für die Organisation hindert den Reklamierten niemand und können ihm daraus auch keine Nachteile erwachsen.

Geldentwertung und Arbeitslöhne.

Von Hermann Wollenbuhr.

Je länger der Krieg dauert, um so mehr wird das Wirtschaftsleben durch das Sinken des Geldwertes in Unordnung gebracht. Will man Zahlungsmittel zum Kaufen von Waren in der Schweiz, Holland oder Schweden haben, dann muß man für 100 Gulden, 100 Frank oder 100 Kronen fast doppelt soviel bezahlen wie in Friedenszeiten, d. h. unsere Reichsmark hat auf den ausländischen neutralen Märkten nur noch etwas mehr als die Hälfte des Wertes, den sie vor dem Kriege gehabt hat. Das trifft aber nicht zu bei der Goldmünze. Denn wenn ich ein Zwanzigmarkstück nehme und schlage es so breit, daß von der Prägung keine Spur mehr zu entdecken ist, dann würde ich für das Stück Gold in der Schweiz fast 25 Frank, in Holland 11 Gulden 80 Cent und in Schweden 17 Kronen 11 Öere, also soviel dafür erhalten, wie ich in Friedenszeiten für 20 Mark an diesen fremden Münzen erhielt. Zwanzigmarkstücke kann man jetzt aber nicht in beliebiger Anzahl bekommen, sondern wir haben Papier. Hier treten nun die Preisschwankungen durch Angebot und Nachfrage ein. In Friedenszeiten war in den jetzt neutralen Staaten Europas die Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln größer als umgekehrt. Die Schweiz, Holland und die skandinavischen Staaten hatten Deutschland gegenüber eine passive Handelsbilanz. Der Warenverkehr Deutschlands mit diesen Staaten stellte sich 1913 wie folgt:

	Einfuhr Mill. Mark	Ausfuhr Mill. Mark
Niederlande und Niederländisch-Indien	560,6	792,4
Dänemark	191,8	288,9
Schweden	224,2	229,8
Norwegen	82,0	161,7
Schweiz	213,3	536,1
	1271,9	2003,9

Unsere Ausfuhr nach jenen Ländern überstieg die Einfuhr um 732 Millionen Mark. Man mußte dort deutsche Zahlungsmittel haben. Jetzt aber, da wir die Ausfuhrgegenstände nicht haben und wahrscheinlich eine größere Einfuhr von dort haben als in Friedenszeiten, so gebrauchen wir niederländische, skandinavische und Schweizer Zahlungsmittel. Die Nachfrage nach diesen Zahlungsmitteln ist bei uns groß, während in jenen Ländern das Angebot an deutschen Zahlungsmitteln die Nachfrage übersteigt. So entsteht das Sinken des Marktkurses in jenen Ländern und das Steigen der Kurse der dortigen Zahlungsmittel. Diese Erscheinung hat schon in weiten Kreisen große Besorgnis erregt und vielfach hörte man, daß wir nach dem Kriege in erster Linie dafür zu sorgen haben, daß unsere Valuta wieder ihren alten Kursstand erreicht. Hierzu wird empfohlen, daß wir die Einfuhr einschränken und die Ausfuhr zu heben suchen. Wie würde aber dieses Heilmittel wirken? Der Inlandmarkt würde noch mehr von Waren entblößt, als er es jetzt schon ist. Die Warenknappheit würde eine weitere Steigerung der Inlandpreise zur Folge haben und die Kaufkraft der deutschen Verbraucher herabdrücken. Die Teuerung, die jetzt mit durch den schlechten Kursstand der Reichsmark hervorgerufen ist, würde noch verschärft werden.

Nun ist der Kursstand an den Börsen in den neutralen Staaten nicht so bedenklich wie es scheint. Holland, die Schweiz und die skandinavischen Staaten sind nicht der Weltmarkt. In Friedenszeiten erreichte der Auslandshandel dieser fünf Staaten zusammen nicht die Höhe des deutschen Auslandshandels. Dann ist aber auch die Reichsmark nicht das einzige entscheidende Zahlungsmittel. Die Zahlungsmittel aller kriegführenden Staaten stehen an den Börsen von Stockholm, Amsterdam und Zürich erheblich unter pari. So standen z. B. am 7. August in Amsterdam die englischen Zahlungsmittel auf 75,6 Proz., die amerikanischen auf 70,6 Proz., die französischen auf 70 Proz., die deutschen auf 54,7 Proz. des Parikurses. Erheblich schlechter standen die italienischen, österreichischen und russischen Zahlungsmittel. Der Kurs der Reichsmark steht schon seit Mitte des Jahres 1917 auf der Mittellinie des Kurzes der Zahlungsmittel der sieben am Kriege beteiligten Großstaaten. Man kann also annehmen, wenn

nach dem Kriege die Kurse des Dollars und des Pfund Sterling den Paristand erreicht haben, dann auch die Reichsmark nicht weit vom Paristand entfernt sein wird.

Nun ist es aber ein Irrtum, anzunehmen, daß der schlechte Kursstand der Reichsmark die alleinige Ursache der Teuerung ist. Gewiß müssen wir für eine dänische Krone statt 1,12 Mk. wie in Friedenszeiten heute 1,80 Mark bezahlen, also für ein Pfund Butter im Preise von 3 Kronen, welches wir in Friedenszeiten für 3,30 Mark erhalten hätten, heute 5,67 Mk. zahlen. Aber der Preis von 3 Kronen für ein Pfund Butter kam in Friedenszeiten auch nicht vor.

Wiel schlimmer als der schlechte Kursstand unserer Zahlungsmittel wirkt der allgemeine Ertrag der Goldwährung durch das Papier. Wäre der schlechte Kursstand der Reichsmark oder der Zahlungsmittel der Kriegführenden die Ursache der Teuerung, dann müßte in den Ländern mit gutstehender Valuta die Teuerung nicht sein. Die Kurse der schwedischen Krone und des Schweizer Frank stehen während der ganzen Dauer des Krieges an allen Börsen über pari, und doch klagt man auch in Schweden und in der Schweiz über Teuerung. Die amtliche Kommission für soziale Angelegenheiten in Stockholm stellte fest, daß seit Mitte 1914 bis Ende April dieses Jahres die Preise für notwendigen Bedarf von 100 auf 337, während die verfügbaren Mittel in den meisten Haushaltungen höchstens von 100 auf 200 gestiegen sind. Wenn ein Arbeiter in Schweden jetzt doppelt so hohen Lohn erhält wie er 1914 gehabt hat, dann werden die Unternehmer von Lohnerhöhungen reden, während die Arbeiter einen Lohnabzug zu beklagen haben. Die Arbeiter sind nicht Schahbildner. Für sie ist die Geldsumme, die sie erhalten, ziemlich gleichgültig, es kommt darauf an, was sie für das Geld kaufen können. Sind die Preise für Nahrungsmittel und notwendige Bedarfsartikel von 100 auf 337 und die Löhne von 100 auf 200 gestiegen, davon kann der Arbeiter heute nur soviel Artikel für 200 Kronen kaufen, als er 1914 für 60 Kronen erhielt. Die scheinbare Lohnerhöhung von 100 Proz. ist in der Wirkung ein Lohnabzug von 40 Prozent, weil sie nicht Schritt gehalten hat mit den Preissteigerungen.

Die Goldwährung besteht zwar in allen Ländern fort, aber das Gold ist aus dem Verkehr verschwunden und durch Papier ersetzt. Je größer die Mengen an Papiergeld werden, um so mehr sinkt die Kaufkraft dieses Zahlungserfordernisses. Das trat drastisch in Erscheinung während der französischen Revolution durch die Assignatwirtschaft und Anfang der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts in Argentinien, wo der Wert des Papiergeldes auf weniger als ein Fünftel seines Nennwertes sank. Wir haben geschichtlich keine Doppelwährung und deshalb auch kein Goldagio (Mehrwert der Goldmünze im Vergleich zu ihr dem Namen nach gleichwertigen Zahlungsmitteln), aber aus Projektberichten ist doch bekannt geworden, daß Goldschieber schon 60 bis 70 Mark für ein Zwanzigmarkstück bezahlt haben. Also der Goldersatz ist minderwertig und das ruft jene Zustände hervor, die allgemein beklagt werden.

Es gibt zwar Unternehmer, die für die Steigerung der Preise der Waren die Steigerung der Löhne mitverantwortlich machen. Wie wenig solche Behauptung stichhaltig ist, entdeckt man sofort, wenn man die Zeiten feststellt, wann die Warenpreise und wann die Löhne gestiegen sind. Da entdeckt man sofort, daß erst die Preise und dann die Löhne stiegen. Im Jahre 1914, bald nach Ausbruch des Krieges, hatten wir sogar ein Sinken der Löhne und Steigerung der Preise. In der Zeit von 1913 bis 1915 stiegen die Löhne der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften gegen Unfall versicherten Arbeiter von durchschnittlich 4,05 Mk. pro Tag auf 4,20 Mk., also um 15 Pf. = 3,7 Proz. Die Preise der Lebensmittel stiegen aber in derselben Zeit um rund 100 Proz. Seitdem sind aber die Preise der Lebensmittel und der Bedarfsartikel weiter gestiegen. Es wird aber im ganzen Reiche kaum 10 000 Arbeiter geben, bei denen die Lohnsteigerung nur annähernd mit den Preissteigerungen Schritt gehalten hat. Dafür gibt es aber Millionen Arbeiter, die heute noch keinen höheren Lohn haben wie 1913. Wenn man bei den gegen Unfall versicherten Arbeitern die Eisen- und Stahl- und die Knappschäftsberufsgenossenschaften aussondert, dann bleiben 4 847 887 Vollarbeiter (also 300 Arbeitstage = 1 Vollarbeiter), die 1915 keinen höheren Lohn hatten wie 1913. Zu den Arbeitern, die noch an meiste die Löhne steigern konnten, gehören die Vergarbeiter. Ueber deren Löhne haben wir eine amtliche Statistik. Die höchsten Löhne erwarben hier die Steinkohlenbergleute des Oberbergamtsbezirks Dortmund. Deren Löhne stiegen für einen Mann und Schicht von 5,36 Mk. im Jahre 1913 auf 9,46 Mk. im ersten Vierteljahr des Jahres 1918. Hier ist also eine Lohnsteigerung von 4,10 Mk. pro Schicht, also um 74 Proz. zu verzeichnen. Diese Arbeiter, die noch immer zu den glücklichsten zu rechnen sind, hatten 1918 noch nicht die Lohnsteigerung erreicht, die die Preissteigerung von 1915 ausgleichen würde. Und doch sind die Preise seit 1915 ununterbrochen weiter gestiegen. Diese Preissteigerungen hat man in der ganzen Welt. In New York stieg z. B. der Weizen für 1000 Kilogramm von 151 Mk. im Jahre 1913 auf 366,45 Mk. im Juni dieses Jahres. Wobei in beiden Fällen der Dollar zu 4,20 Mk. gerechnet ist.

Diese Geldentwertung wird aber mit dem Friedensschluß nicht wieder verschwinden. Es gibt sogar Leute,

die sie für ein Glück halten, weil auch die Schulden im gleichen Verhältnis entwertet sind. Als während des Bürgerkrieges in Amerika auch das Papiergeld in großen Mengen auf dem Markte war, stieg z. B. ein goldenes Fünfdollarstück auf den Preis von 14 Dollars 25 Cents in Papier. Da Metallgeld so gut wie gar nicht im Verkehr war, wurden alle Zahlungen nach Papierdollar bemessen. Bei der starken Nachfrage nach Arbeitern waren auch diese in der Lage, ihre Löhne der Kaufkraft des Dollars anzupassen. Als später der Wert des Papierdollars stieg, bildete sich die Gruppe der Inflationisten, die durch starke Ausgabe von Papiergeld den Geldwert herabdrücken und die Warenpreise steigern wollten. Derselbe Grundgedanke trat nach Sinken des Silberpreises an in der Bewegung der Bimetallisten zutage.

Mehr als je die Inflationisten und Bimetallisten hoffen durften, ist jetzt durch die massenhafte Ausgabe von Papiergeld auf der ganzen Erde erreicht. Man darf jetzt den Streit darüber, ob es gut oder schlecht ist, den Theoretikern überlassen, die Arbeiter müssen mit der Tatsache rechnen, daß die Kaufkraft des Geldes auf einen geringen Bruchteil dessen herabgesunken ist, wie sie vor dem Kriege war. Sie müssen danach streben, den Lohn auf die Höhe zu bringen, daß er mindestens dieselbe Lebenshaltung ermöglicht, die der Lohn vor dem Kriege gestattete. Ist die Kaufkraft der Reichsmark auf ein Viertel oder Fünftel herabgesunken, so muß der Arbeiter vier- oder fünfstufig soviel Lohn haben, als er früher bezogen hat, selbst auf die Gefahr hin, daß die Waren weiter im Preise steigen.

Die Anpassung des Lohnes an die Kaufkraft des Geldes ist aus zweierlei Gründen geboten. Von der Lebenshaltung der Arbeiter ist deren Leistungsfähigkeit abhängig. Will man die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf den früheren Stand bringen, dann muß man ihnen auch die frühere Lebenshaltung ermöglichen. Ferner ist die Hebung der Konsumfähigkeit der Arbeiter aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen geboten. Der heimische Markt ist die Grundlage für unser ganzes Wirtschaftsleben. Scheiden die Arbeiter als Verbraucher gewisser entbehrlicher Waren aus, dann kommen die Industriezweige, die diese Waren herstellen, zum Stillstand. Mangel an Konsumfähigkeit der Arbeiter hat Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge. Man kann es an einem einfachen Beispiel demonstrieren. Angenommen in dem Verkaufspreis einer Ware steckt ein Fünftel Arbeitslohn. Der Arbeiter muß also fünf Wochen arbeiten, um so viel zu erwerben, daß er das Arbeitsprodukt einer Woche kaufen kann. Soweit die Arbeiter als Verbraucher in Betracht kommen, setzt sich das Kapital zehnmal im Jahre um. Jetzt würde der Lohn verdoppelt, also in für 100 Mark Waren wären statt 20 Mk. 40 Mk. Arbeitslohn. Der Preis der Ware müßte nun von 100 Mk. auf 120 Mk. steigen. Nun würden die Arbeiter aber in drei Wochen so viel verdienen, daß sie das Arbeitsprodukt einer Woche kaufen könnten. Das Kapital würde sich jetzt statt zehnmal im Jahre siebenmal umsetzen, so daß der Fabrikant seine verteuerte Lebenshaltung durch den häufigeren Umschlag seines Kapitals decken kann. Eine der ersten Aufgaben der Arbeiter muß daher sein, dahin zu streben, daß der Lohn der Kaufkraft des Geldes angepaßt wird und die Arbeiter auf eine Stufe der Lebenshaltung gebracht werden, die eine Steigerung der Leistungsfähigkeit ermöglicht.

Die neuen Postgebühren.

Vom 1. Oktober ab gelten folgende Postgebühren:

Table with columns for Postarten (Postkarten, Briefe, Drucksachen, Geschäftsbriefe, Warenproben) and their respective rates in Pfennigs and Marks.

Postanweisungen (Rates for various amounts), Pakete (Rates for different zones and weights), Telegramme (Rates for local and long distance), Mehrpost (Rates for multiple copies), Unverändert (Notice of unchanged rates), Vom Weltkriege (List of names and addresses), and Bewegungen im Berufe (Notice regarding workers' movements and wages).

können er nicht verzichten. Die fleischlosen Wochen müßten im Interesse der Milch- und Fettproduktion beibehalten werden. ...

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Die Wohnungsfürsorge durch die Invalidenversicherung. Die Invalidenversicherung, die auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruht, häuft besonders hohe Kapitalien an. ...

Von der Gesamtsumme entfallen 843 auf den Bau von Arbeiterwohnstätten. Die Aufnahme geschieht vorzugsweise (82) Millionen Mark) an Genossenschaften, ...

Jast alle Versicherungsanstalten haben „Bedingungen, unter denen Darlehen zum Bau von Arbeiterwohnungen gegeben werden“, aufgestellt. Sie sehen in der Regel vor, daß die Darlehen nur gegen erichtliche Hypothek bis zu 3/4 des Gebäudewertes ...

Zum Bau von Ledigenheimen (Herbergen, Gefellenhäusern usw.) wurden rund 28 Millionen Mark ausgeben. Die Summe kam zu 24 Millionen Mark an Genossenschaften und sonstige gemeinnützige Vereine. ...

Der Schleichhandel mit Leder. Bei keiner Gattung von Waren, die der Beschlagnahme und Rationierung unterliegen, steht der Schleichhandel und der Wucher in solcher Höhe, als es mit Leder der Fall ist. ...

Arbeiterversicherung.

Die Oberversicherungsämter 1917. Die Oberversicherungsämter, die durch die Reichsversicherungsordnung neu eingeführt wurden, sollen für jeden Regierungsbezirk die Zentralkasse für Angelegenheiten der Arbeiterversicherung sein. ...

mehr als 10.000 Einwohnern und für jeden Landkreis zu errichten sind. Im übrigen haben die Oberversicherungsämter in der Hauptstädte die Entscheidung zu treffen, ...

Weit zahlreicher waren die „Spruchsachen“. Das sind solche, in denen es sich um Unterstützung- und Rentenansprüche der Versicherten oder ihrer Hinterbliebenen handelt. ...

Die Geschäftslast der Oberversicherungsämter hat gegenüber der letzten Friedenszeit sehr abgenommen. Die Invaliden- und Hinterbliebenenrentensachen haben sich zwar vermehrt, dafür haben aber die Unfallrentensachen, die sonst den Hauptteil der Arbeit bildeten, erheblich abgenommen. ...

Bei Zahnfälle (Karies) ist von den Krankenkassen Zahnfüllung zu gewähren. Diese weit verbreitete wichtige Entscheidung hat in grundsätzlicher Entscheidung (20. Februar 1917) das Reichsversicherungsamt getroffen. ...

Volkversicherung.

Die Entwicklung der „Vollversicherung“. Seit der Gründung der „Vollversicherung“ im Juli 1913 bis Juli 1918 hat sich die Zahl der Policen und der Versicherungssumme wie folgt erhöht:

Zeitraum	Gesamte Policen	Versicherungssumme M.
Ende 1913	70 125	12 012 068
Ende 1914	108 400	25 015 271
Ende 1915	171 812	24 478 529
Ende 1916	191 786	28 468 020
Ende 1917	227 188	37 156 800
Ende Juli 1918	266 208	-

Die Vollversicherung wächst! Wie bei den privaten großen Versicherungsgesellschaften, ist im laufenden Jahr auch bei der Vollversicherung die Zahl der eingereichten neuen Anträge gestiegen. Im Monat August sind 7371 Anträge gestellt worden, davon 7296 für Kapitalversicherungen mit 2 901 701 Mark Versicherungssumme. ...

Da die Steigerung des Versicherungsbestandes bei dem großen privaten Gesellschaften für Vollversicherung nach deren Verdiensten noch größer ist, wodurch der Beweis geliefert wird, daß das Versicherungsbedürfnis nach und nach der Arbeitererschaft stetig zunimmt, ist daraus der Schluß zu ziehen, daß die Vorkosten für die Vollversicherung noch erheblich unterschätzt sind vor den Gewerkschaften und Genossenschaften gefördert werden muß.

Literarisches.

Neue Welt-Kalender für das Jahr 1919. Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Neer u. Co. Der Preis des Kalenders beträgt 80 Pf.

Verbandsnachrichten.

Verbandsrat, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Fern in D. 27, Schillerstraße 814, Fernsprecher: Amt Königsplatz 273.

Preis: Woche ist der 39. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Geordnete Mitglieder

vom 1. bis 21. September 1918.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezogenen Sterbegeldes ist in Klammern beigelegt.)

Spener: Georg Brech, 51 Jahre (108 M.); Berlin: Herm. Schwedel, 48 Jahre (108 M.); Chemnitz: Hugo Thirmer, 46 Jahre (90 M.); Stuttgart: And. Kocher, 51 Jahre (54 M.); Kiel: Emil Dams, 50 Jahre (200 M.); ...

Ausbezogenes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau:

Wolff, Ernansberger-München, 36 M.; Karl Thiele-Berlin, 36 M.; Gustav Forberger-Berlin, 31 M.; ...

Eingänge der Hauptkasse

vom 16. bis 2. September.

Rustad 400,-; Erlangen 140,70; Minden i. Westf. 6,80; Augsburg 5,10; Kehl 200,- M.

Materialverwand.

Jahreszahl	Gründe	50-60	60-70	70-80	80-90	90-100
50-60	20	-	-	-	-	-
Frankfurt a. M.	-	-	2000	-	-	1000
Vandershut. Sch.	10	-	-	-	-	-
Wiesfeld	100	-	-	-	-	-
Wittenberge	-	-	200	100	100	-
Stettin	-	5000	5000	-	-	-
Königsberg	-	-	-	-	-	400
Berlin	200	-	-	-	-	-
Chemnitz	-	2000	-	-	-	1000
Höppingen	10	-	-	-	-	-
Stralsund i. G.	100	-	-	-	-	-
Leipzig	-	-	3000	-	-	-

Verlammungsanzeigen.

Sonnabend den 28. September.

Gunzenhausen. 5 Uhr: Vereinsfest.
Sonntag, den 29. September.
Pagen. 8 Uhr: bei Buchh. Körnerstraße 102.
Weizen. 4 Uhr: Gewerkschaftshaus, Lindenstädter Straße.
Waren. 8 Uhr: „Zur Traube“, Langstr. 32.
Dienstag, den 1. Oktober.
Hüttingen-Wilhelmshaven. 8 1/2 Uhr: Fackelfest, Livost.
Mittwoch, den 2. Oktober.
Bremerhaven. 8 1/2 Uhr: „Borischer Hof“, Langestr. 18.
Freitag, den 4. Oktober.
Brieg. 8 Uhr: bei Reichelt, Opfener Straße.
Bugschube. 8 Uhr: „Gasthaus Kloster“, Gellersbruch.
Sonntag, den 5. Oktober.
Erfurt. Im „Goldenen Anker“, Plumenthalstraße.

Nachruf.

Ein Opfer dieses furchtbaren Völkermordes wurde unser Kollege und Vorsitzender **Wilhelm Kitzau**. ...

Nachruf.

Dem Völkertrog fiel der Kollege **Hug. Weidhol** (E. W. Lange, Altona) zum Opfer. ...

Nachruf.

Ein Opfer dieses Völkermordes starb am 30. August infolge seiner schweren Verwundung unser langjähriges Mitglied der Kollege **Vani Dan**. ...

Lächelnde Brauer

auch für Vorderbüschelstellen geeignet, sowie

Betriebs-Böttcher

(Kriegsbeschädigte werden berücksichtigt) stellt sofort ein **Frankfurter Aktienbrauerei Frankfurt-Oder.**



der ideale Ersatz für die alten ... Silbertourist 124.